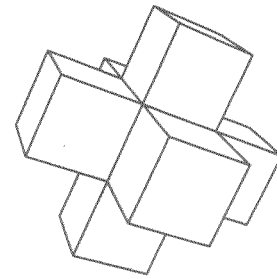


10563

Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

Unter Freisinnigen Kopf des Monats	2	Brennpunkt FDP persönlich	3	FDP-Frauen Jungfreisinnige	4	Agenda Kreuzworträtsel	14 22
---------------------------------------	---	------------------------------	---	-------------------------------	---	---------------------------	----------

29. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

Einfachere Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer wird von vielen schweizerischen Unternehmen als eine der administrativ grössten Belastungen empfunden. Damit dieses Übel beseitigt werden kann, muss die Mehrwertsteuer total revidiert werden.

Seite 10

Very British

Politik und Kultur in London: Anstelle von touristischen Trampelpfaden erlebte unsere Leserschaft London auf eine andere Art und Weise und erhielt politische Einblicke.

Seite 12

5. IV-Revision

Die Invalidenversicherung ist total überfordert und massiv verschuldet. Eine bessere Integration der Versicherten ins Erwerbsleben soll zur Gesundung der IV beitragen. Denn die Rentenausgaben können stabilisiert oder gar gesenkt werden, je mehr Personen trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen Arbeit kriegen. Wer Ja sagt zur Integration von Behinderten legt am 17. Juni auch ein Ja in die Urne.

Seite 21



Die FDP bewegt die Schweiz mit 4 Projekten.

Hop Sviz!

Die FDP kämpft für eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz. Anstelle von polarisierender Politik setzt der Freisinn auf Projekte, die unser Land bewegen.

Der Wahlkampf der FDP ist lanciert! An einer Medienkonferenz wurde das Angebot der FDP für die Zukunft der Schweiz vorgestellt:

4 Projekte und 11 Punkte für eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz. Die Vorbereitung und Ausbildung der Kandidierenden

läuft auf Hochtouren. Der Wahlkampf hat begonnen – die FDP ist fit für die Wahlen 07.

Seite 3, 18 und 20

Die soziale Frage aus liberaler Perspektive

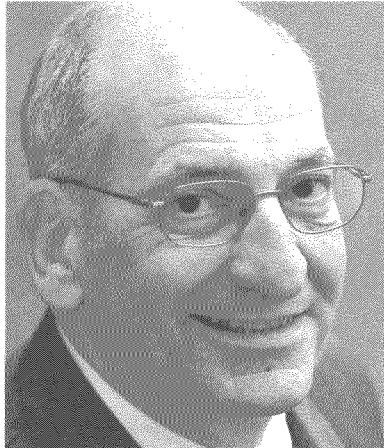
Am 17. Juni stimmen wir über die 5. IV-Revision ab. Dies ist eine sehr wichtige Abstimmung. Denn es geht letztlich nicht nur um die konkrete Vorlage, sondern auch um die zukünftige Ausgestaltung von Sozialpolitik. Die 5. IV-Revision ist für mich Sinnbild einer liberalen, zukunftsgerichteten und humanen Sozialpolitik.

Welches ist unsere liberale Vision der Gerechtigkeit, der sozialen Gerechtigkeit?

Für mich ist die Grundlage der liberalen Vision die Würde des Menschen. Wer liberal ist, glaubt an die Würde und das Verantwortungsbewusstsein eines jeden Menschen. Der Liberale führt also eine Sozialpolitik, damit jeder in Würde seine Verantwortung wahrnehmen kann. Wenn jemand aus irgendeinem Grund diese nicht ganz wahrnehmen kann, hat er das Anrecht auf die Solidarität der Mitmenschen. Über den Staat oder private Organisationen.

Denken die anderen Parteien auch so? Sicher teilweise. Aber das Fundament ihrer Sozialpolitik ist oft ganz anders motiviert.

Im Zentrum der Linken steht die «Gleichheit». Im Sinne dieser «Gleichmacherei» hätten beispielsweise im idealen Fall alle dasselbe Salär. So ist auch logisch, dass in einem solchen Verständnis die Umverteilungspolitik im Zentrum steht.



Pascal Couchepin

Wer zu viel Talent hat, passt nicht ins Schema, denn nur die Schwachen sollen gefördert werden. Lieber alle arm als grosse Unterschiede zwischen Reich und Arm. Die Linke promoviert so den Klassenkampf von unten. Die Neidgesellschaft ist Trumpf.

Die Christlichdemokraten sehen, aus ihrer christlichen Tradition heraus, die Sozialpolitik als Inbegriff der «charité», der Barmherzigkeit.

Der Empfänger soll dankbar sein für die gutmütige Gabe derjenigen, denen es gut geht. Sozialpolitik ist etwas für die guten Herzen. Der Staat, der Sozialpolitik betreibt, ist gutherzig und gut.

Für gewisse Kreise in der SVP wird die Sozialpolitik vor allem vom «Missbrauch» dominiert. Diese schaffen ein Klima des Misstrauens gegenüber allen Schwachen. Wer schwach ist, wird als potenziell «schlecht» und als «Profiteur» betrachtet. Es wird gewissermassen ein Klassenkampf von oben geführt. Der Neid auf die bezahlten Schwachen ist Trumpf.

Diese Unterscheidungen sind vielleicht zu pauschal. Sichtbar ist aber: Von den erwähnten drei Philosophien hebt sich die Philosophie der FDP wohltuend ab. Wir setzen ins Zentrum unserer Politik die Würde des Menschen. Wir wollen durch die Bildungspolitik die gleichen Startbedingungen für alle schaffen. Wer aber trotzdem zu einer bestimmten Zeit Schwierigkei-

ten hat, soll, falls notwendig mit der Unterstützung des Staates, befähigt werden, wieder auf den eigenen Füßen zu stehen. Wir Freisinnigen sind für eine Chancengesellschaft. Wir sind für das lebenslange Prinzip der zweiten Chance. Wir sorgen für eine moderne Sozialpolitik. Wir wollen eine aktive, integrierende Sozialpolitik, die weiter geht als die traditionelle, kompensatorische Sozialpolitik.

Genau darum sind wir für die 5. IV-Revision.

Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Karin Keller-Sutter, Regierungsrätin Kanton St. Gallen

Die Leitung der «FrauenVernetzungswerkstatt» würdigte an ihrer 10. Veranstaltung Regierungsrätin Karin Keller-Sutter für ihren Einsatz gegen häusliche Gewalt. Die Regierungsrätin hat mit einer absolut klaren Haltung stets Grundrechte für Frauen als Selbstverständlichkeit eingefordert. Dadurch können inzwischen viele Frauen frei von Bedrohung durch Gewalt leben.

Für ihren Einsatz verleihen wir Karin Keller-Sutter den Titel «Kopf des Monats».



Karin Keller-Sutter, der Kopf des Monats

Geits no?

Im Nachgang zum Entscheid des Bundesrats zur Verbandsbeschwerde-Initiative hat der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger deutlich zum Ausdruck gebracht, was er vom Kollegialitätsprinzip und auch von all jenen hält, welche diese Initiative unterschrieben haben. Zuerst wollte er die Medien gar nicht über den Entscheid des Bundesrats informieren. Dann machte er dennoch widerwillig eine Medienkonferenz, aber nicht im neuen Medienzentrum, wo der Bundesrat für gewöhnlich informiert, sondern in seinem Verkehrsdepartement. Dabei diktierte er den Jour-

nalisten in die Notizblöcke, dass das Parlament sowieso gegen diese Initiative sein werde. Ausserdem werde er den Entscheid des Bundesrats nicht vertreten, schliesslich wolle er nicht Wahlkampf für eine andere Partei machen. Abgesehen davon, dass es hier nicht um Wahlkampf geht, sondern um ein Anliegen, das 120 000 Personen in unserem Land unterschrieben haben, zeigt dieser Fall vor allem eines: Bundesrat Leuenberger ist ziemlich amtsmüde.

Wahlen 07

Wir wollen alle liberalen Schweizer Stimmen

Der Wahlkampf der FDP ist lanciert. Wir haben unser Angebot für die Zukunft der Schweiz auf den Tisch gelegt: 4 Projekte und 11 Punkte für eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz. Jetzt geht es darum, unsere Botschaften weiterzutragen – hier sind alle gefordert.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Die FDP ist die positive Kraft der Schweiz. Das beweisen wir mit unserer Wahlplattform. Wir wollen eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz. In den vergangenen anderthalb Jahren haben wir dazu konkrete Forderungen erarbeitet. Diese sind nun auch in die 11 konkreten Punkte der Wahlplattform aufgenommen worden. Die 11 Punkte wurden nicht zufällig gewählt. Es handelt sich dabei um jene Punkte, welche in den kommenden vier Jahren realisiert werden müssen, damit unser Land auch in Zukunft erfolgreich ist. Wir wollen die Schweiz bewegen: Unser Angebot ist gemacht – nun muss die Umsetzung folgen.

Engagement aller Freisinnigen

Am 21. Oktober geht es um sehr viel. Es geht um die Frage, ob die Schweiz ein liberales Land ist oder nicht und es geht auch um die Frage, welche Rolle die FDP in Zukunft spielen kann und wird. Wir wollen bei den Eidgenössischen Wahlen im Herbst alle liberalen Stimmen, damit wir ihnen in der Politik Gehör verschaffen können. Dafür müssen wir alle gemeinsam kämpfen. Eine ausserordentliche Mobilisierung ist notwendig. Wir müssen unsere Projekte unter die Leute bringen, die Bürgerinnen und Bürger ansprechen und ihnen erklären, wie wir die Schweiz bewegen wollen. Dafür braucht es alle Frei-



Fulvio Pelli anlässlich der Medienkonferenz zur Präsentation der Wahlplattform.

sinnigen. Wir müssen heute aufstehen und für eine liberale Schweiz kämpfen – morgen kann es zu spät sein. Engagieren Sie sich in Ihrer Gemeinde und kommen Sie am 15. September nach Zürich an den Parteitag der FDP.

Zusammenarbeit

Die Schweiz braucht eine starke FDP. Nur wenn wir stark sind, können wir in der Schweiz den Takt mitbestimmen. Alleine werden wir aber auch dann nicht viel erreichen – genauso wenig wie die andern Parteien alleine etwas erreichen können. Das schweizerische System zwingt die Parteien zur Zusammen-

arbeit – zur Konkordanz. Diese Konkordanz ist ein Erfolgsmodell der Schweiz. Polarisierung, Blockadepolitik und Extremforderungen drohen dieses Erfolgsmodell zu zerstören. Das wollen wir nicht. Aus diesem Grund haben wir unser Konkordanzprojekt gestartet. Wir wollen in zentralen Bereichen für die Zukunft der Schweiz mit den anderen Bundesratsparteien zusam-

men verbindlich festlegen, was in den kommenden 4 Jahren realisiert wird. Die Bürgerinnen und Bürger sollen nicht bloss Wahlversprechungen erhalten, die ohnehin nicht umgesetzt werden können. Sie sollen vor den Wahlen wissen, was tatsächlich realisiert wird. Schluss mit den bisherigen Scheinübungen in der Politik – es braucht endlich Nägel mit Köpfen.

Hop Sviz! –
umgangssprachlich
«Hopp Schweiz!»
auf Rumantsch.

Mehr zu den 4 Projekten
und 11 Punkten
lesen Sie auf Seiten 18/19

Veranstaltung

Delegiertenversammlung

in Zug, 30. Juni 2007

Programm

10.15 Begrüssung

Ansprache des Parteipräsidenten

Klimapolitik

Vorstellung der Grundideen des Klima-Papiers

Experten-Hearing

- Klaus Wellershoff, UBS-Chefökonom
- Alexander Wokaun, Paul Scherrer Institut (PSI)
- Kantonsrat Thomas Büchi (GE), Bauingenieur
- Nationalrat Werner Messmer (TG), Bauunternehmer

Die klimapolitische Position des Bundesrats

Bundesrat Pascal Couchepin

Präsentation der Fragestellungen

Diskussion

Abstimmung

Unternehmenssteuerreform (USR II)

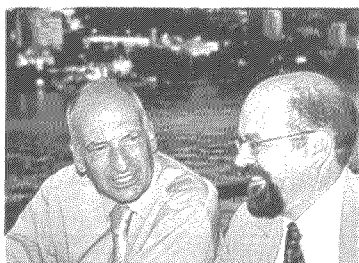
USR II: Eine Reform für KMUs und Arbeitsplätze

Bundesrat Hans-Rudolf Merz

Diskussion und Parolenfassung

13.15 Ende der DV

Gesundheitspolitik in freisinnigen Händen



Joachim Eder (im Bild neben Pascal Couchepin), Landammann und Regierungsrat des Kantons Zug, ist zum Präsidenten der Stiftung Gesundheitsförderung Schweiz gewählt worden.

Er hat sein neues Amt am 21. Mai angetreten. Der Stiftungsrat setzt sich aus 16 Mitgliedern aus den Bereichen Krankenversicherer, Bund, Kantone,

Wissenschaft, Ärzteschaft, Gesundheitsligen, Apotheker und Konsumenten zusammen. FDP-Fraktionschef Felix Gutzwiller ist ebenfalls Stiftungsrat. Die Gesundheitspolitik ist somit in freisinnigen Händen. Wir wünschen Joachim Eder viel Erfolg in seinem neuen Amt.

Doris Fiala: 1000 Tage an der FDP-Spitze



Nach drei harten Jahren als kantonale FDP-Präsidentin schwebt Doris Fiala im Hoch. Dies mit gutem Grund: Der Etappensieg der Verbandsbeschwerdeinitiative und die erfolgreiche kantonale Initiative für Easy Swiss Tax sind nur zwei Beispiele einer ganzen Serie von Erfolgen.

Wechsel im Präsidium: Hanspeter Blaser folgt auf Roman Messmer

Die FDP Ausserrhoden hat Roman Messmer viel zu verdanken: So hat er zu Beginn seiner Amtszeit ein völlig neues Kapitel der Kantonalpartei geöffnet und dadurch die Politiklandschaft im Wesentlichen mitgestaltet. Dank seiner Disziplin und seinem Hang zu effizientem Arbeiten konnte er mit der bei seinem Amtsantritt im Jahre 1999 ausbrechenden Kantonalbankkrise und die damit einhergehenden schweren politischen Turbulenzen, gut umgehen. Weitere Erfolge wie z. B. die Gründung des FDP-Supporter-Clubs und acht von neun gewonnenen Wahlkämpfen kann Messmer ebenfalls verzeichnen. Roman Messmer hat die FDP AR auf gekonnte Weise positioniert und hinterlässt eine selbstbewusste und erfolgreiche Kantonalpartei. Die Delegiertenversammlung hat am 25. April 2007 Hanspeter Blaser einstimmig zum neuen Präsidenten der FDP Ausserrhoden gewählt. Der 46-jährige Herisauer ist in leitender Position bei einer Versicherung tätig. Seit 2003 gehört er dem Einwohnerrat von Herisau an, seit 2004 präsidiert er die FDP Herisau und ist seit 2006 eidgenössischer Delegierter der FDP Ausserrhoden.



Roman Messmer und Marianne Kleiner, Nationalrätin (AR).

Luzern

Bessere Luzerner Luft

Vor zwei Jahren hat die FDP des Kantons Luzern mit der Lancierung der «Sympathie-Card» für nationales Aufsehen gesorgt. Nun hat sie das Angebot ausgedehnt: Neu gibt es auch Angebote in den Bereichen Umwelt und Energie. Besitzer der Sympathie-Card können ab sofort einen 6-Fahrten-Passepartout sowie eine Tageskarte der Zentralbahn beziehen. Damit fördert die FDP das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel. Die FDP des Kantons Luzern engagiert sich dadurch für bessere Luft und ruft dazu auf, speziell in Zeiten des Sommersmogs das Auto bewusst zu Hause zu lassen und mit dem Bus oder der Bahn zur Arbeit oder ins Grüne zu fahren.



St. Gallen

Gezielte Umsetzung liberaler Anliegen

Die St. Galler FDP-Fraktion setzt mit Vorstössen liberale Anliegen um: In der vergangenen Parlamentssession waren es insgesamt gleich deren 4. Die eingereichten Forderungen wurden im Positionspapier 2006 der FDP St. Gallen festgelegt. Konkret verlangt die FDP-Fraktion von Parlament und Regierung, Anreize zum Energiesparen, d. h. im kantonalen Recht möglichst günstige Rahmenbedingungen zur Förderung des Energiesparens zu schaffen. Weiter fordert sie im Spitalbereich mehr Wettbewerb und dadurch die Überwindung der Kantonsbarrieren. Ferner ist die FDP überzeugt, dass die Leistungsfähigkeit von Schülerinnen und Schülern gestärkt werden soll. Schliesslich ersucht sie mit ihrer Motion «Gesetzliche Rahmenbedingungen für E-Government» die Regierung, Zuständigkeiten bei der Datensammlung, -pflege und -archivierung exakt zu regeln.

Schwyz

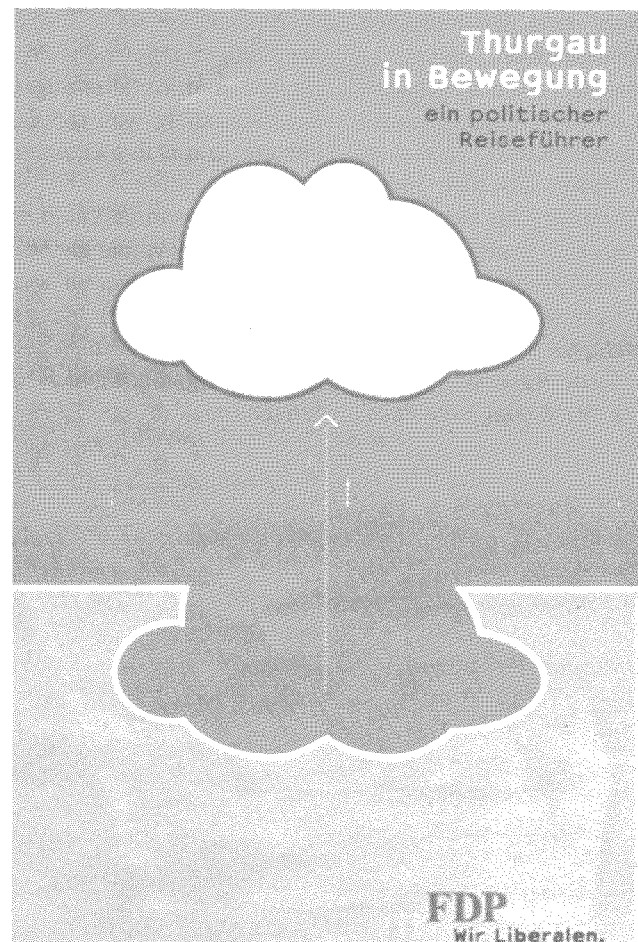
Rücktritt des Parteipräsidenten

Am 3. April wurde der Kantonalpräsident der FDP Schwyz Kuno Kennel einstimmig als Nationalratskandidat nominiert. Da er seine Kräfte nun für diese spannende Herausforderung bündeln will, hat er seine Demission als Parteipräsident der FDP Kanton Schwyz eingereicht. Wir wünschen ihm für die Nationalratswahl viel Erfolg.

Thurgau

FDP Thurgau wünscht eine gute Reise!

Mit ihrem «politischen Reiseführer» zeigt die FDP Thurgau, wohin ihre Reise in den kommenden Jahren hingehen soll. Sie legt die Leitplanken für ihre zukünftige politische Arbeit. Es ist ein Strategiepapier, welches thematisch den Inhalt auf die Leitthemen der FDP Schweiz legt, und umfasst insgesamt 16 Seiten. Damit legt die FDP Thurgau zu jedem dieser vier wichtigen Themenbereiche ihre Einschätzungen, aber auch ihre Forderungen kurz und klar dar. Ziel ist es, damit den Kanton Thurgau zu bewegen, und zwar hin zu mehr Freiheit und weniger Staat.



Kanton Bern

Freisinnige Akzente in der Steuerpolitik

In der zweiten Lesung hat der Berner Grosse Rat das revidierte Steuergesetz verabschiedet.

Mit den Stimmen der geschlossenen FDP-Fraktion wurde das revidierte Steuergesetz mit 82:64 Stimmen verabschiedet. Obwohl es sich um eine sehr massvolle Steuerrevision handelt, die auf die Finanzlage von Kanton und Gemeinden stark Rücksicht nimmt, wurde sie von den Linksparteien bekämpft. Der linke Widerstand ist als eine Profilierungsübung im Hinblick auf die Nationalratswahlen anzusehen. Inhaltlich geht es in der Steuerrevision in erster Linie um eine Entlastung von Familien und Mittelstand. Im Weiteren wird zur Förderung der Standortattraktivität eine Reform der Unternehmensbesteuerung vorgesehen, welche 2008 in Kraft treten soll.

Nicht Wählen kostet!

Die direkte Demokratie ist nicht gratis zu haben. Alleine der Betrieb des eidgenössischen Parlaments kostet pro Jahr gegen 100 Millionen Franken. Dazu kommen die Kosten für Abstimmungen und Wahlen.

Von FDP-Presseschef Christian Weber

Den Wahl- und Abstimmungsurnen fernzubleiben heisst im Grunde, viel Geld zu verschwenden. Denn die direkte Demokratie kostet, und bezahlen muss man – unabhängig davon, ob man mitbestimmt oder nicht. Das eidgenössische Parlament kostet pro Jahr knapp 100 Millionen Franken. Dabei noch nicht eingerechnet sind die Kosten für die eidgenössischen Wahlen. Hinzu kommen weitere Kosten, die direkt oder indirekt mit

unserer direkten Demokratie zu tun haben.

Beispielsweise die Kosten für die Abstimmungen oder die Kosten für die Informationstätigkeit der Bundesstellen, weil die Bürgerinnen und Bürger ihre Entscheide nur dann fällen können, wenn sie entsprechend informiert sind. Darüber hinaus hat der Wahlentscheid einen direkten Einfluss darauf, wie viel im Parlament letztlich ausgegeben wird – nicht alle Parteien gehen mit den Steuergeldern gleich haushälterisch um.

Lohnende Investition

Die Investitionen in die direkte Demokratie zahlen sich grundsätzlich aus. Im Gegenzug erhalten wir alle Mitbestimmungsrecht. Im Vergleich mit dem Ausland sind die Kosten der Schweiz für den Parlamentsbetrieb verhältnismässig tief – dies hängt mit dem Milizsystem und den entsprechend tiefen Entschädigungen zusammen.

Trotzdem: Die ganzen Kosten zahlen die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz. Wer sich aber nicht gleichzeitig am politischen Prozess

beteiligt, zahlt nur, ohne etwas davon zu haben – ein an sich untypisches Verhalten für Schweizerinnen und Schweizer.

Es ist so, als würde man immer wieder eine Jahreskarte für einen Sitzplatz der Spiele seines Fussballvereins kaufen, aber an keinem Spiel auf seinem bezahlten Platz im Stadion sitzen. Wer das täte, würde man zu Recht als schlechten Rechner bezeichnen. Schlecht rechnet deshalb auch, wer sich an Abstimmungen und Wahlen nicht beteiligt.



Wer nicht mitbestimmt wirft viel Geld einfach zum Fenster hinaus.

Wahlkampf Ausbildung

Zusammen gewinnen!

FDP und Liberale führten am 11. und 12. Mai gemeinsam eine Wahlkampf Ausbildung durch.

Für den Wahlkampf gerüstet – das können Kandidatinnen und Kandidaten der FDP und der Liberalen von sich behaupten. Am 11. und 12. Mai wurde in Genf über das Programm der Partei diskutiert und die Fernseh- und Radio-Tauglichkeit geübt. Anfang Juli werden beide Parteien diese Ausbildung wieder-

holen und das Gelernte intensivieren. Alle Teilnehmenden waren begeistert. Nun können sie stichhaltig argumentieren, dass es eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz braucht. Auch in der Deutschschweiz werden entsprechende Kurse angeboten (s. Kursausschreibung)



Fit in den Wahlkampf.



FDP und Liberale arbeiten zusammen.

Wahlkampf Ausbildung

Lust auf Wahlkampf!

Erfolgreicher erster Kurs für Kandidierende

Am 10./11. April hat in Bern der erste Grundkurs im Rahmen der Kandidierenden-Ausbildung der FDP Schweiz stattgefunden. Die Rückmeldung der Teilnehmenden war durchwegs sehr positiv.

Melden Sie sich rasch für die nächsten Kurse an, es hat noch Plätze: wahlen@fdp.ch oder Tel: 031 320 35 42

Weitere Ausbildungsdaten: Grundkurse

	Kurs C (Winterthur)	
Persönlicher Wettkampf	25. Juni	Vormittag
Öffentlicher Auftritt	25. Juni	Nachmittag
Medientraining	26. Juni	ganzer Tag

Diese Module werden in einem 2-tägigen Block angeboten, können aber einzeln (und auch an unterschiedlichen Daten) belegt werden. Teilnehmende erhalten eine Kursbestätigung.

Argumentationskurse (Kursort: Bern)

Wachsende Schweiz 8.6. 23.8.	Die FDP-Gesundheitsverfassung Vormittag
Wachsende Schweiz 8.6. 23.8.	Stärken stärken, Schwächen beheben Schlanker Staat, effizienter Staat Nachmittag
Intelligente Schweiz 20.6. 4.9.	Leistung muss sich lohnen Forschungsmagnet Vormittag
Offene Schweiz 20.6. 4.9.	Fördern und fordern in der Integrationspolitik Liberaler Werte verteidigen Nachmittag
Gerechte Schweiz 22.6. 10.9.	Die neue 4-Generationen-Gesellschaft: Gemeinsam erfolgreich leben Vormittag
Wachsende Schweiz 22.6. 10.9.	Nachhaltige Energiepolitik dank Innovation Nachmittag

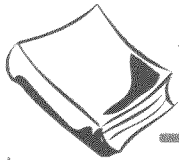
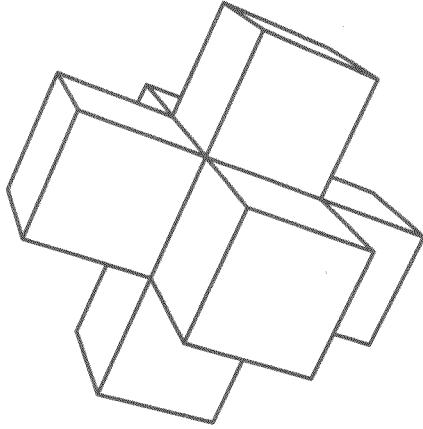


Chance des Monats

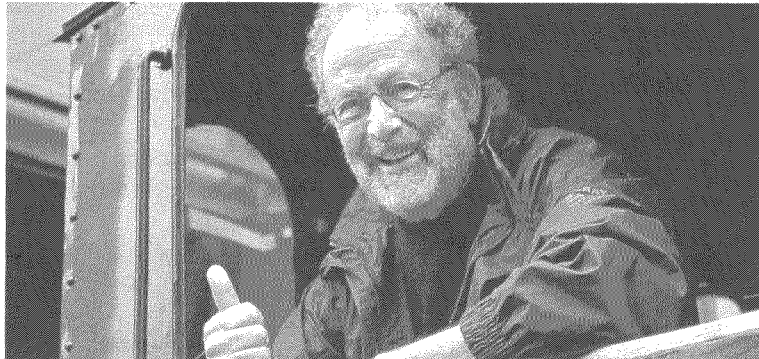
Der Ständerat hat darüber zu entscheiden, ob die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die nächsten vier Jahre prioritär behandelt wird oder nicht. Bildung, Forschung und Innovation sind Grundlagen für eine intelligente und wachsende Schweiz. Die FDP hat in diesen Bereichen viel Arbeit geleistet und mit ihren vier Projekten bereits vorgespart. Ein Ja zur Förderung des BFI ist eine grosse Chance dafür, dass die Schweiz auch in Zukunft erfolgreich ist.

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



-Tipp



François Loeb, Alt-FDP-Nationalrat, hat ein neues Buch veröffentlicht!

Geschichten, die der Zirkus schrieb



25 Geschichten,
illustriert von Ted Scapa
Grussworte von Dimitri und
der Familie Knie
170 Seiten, gebunden
Fr. 29.80
ISBN 978-3-7165-1481-8
Benteli-Verlag

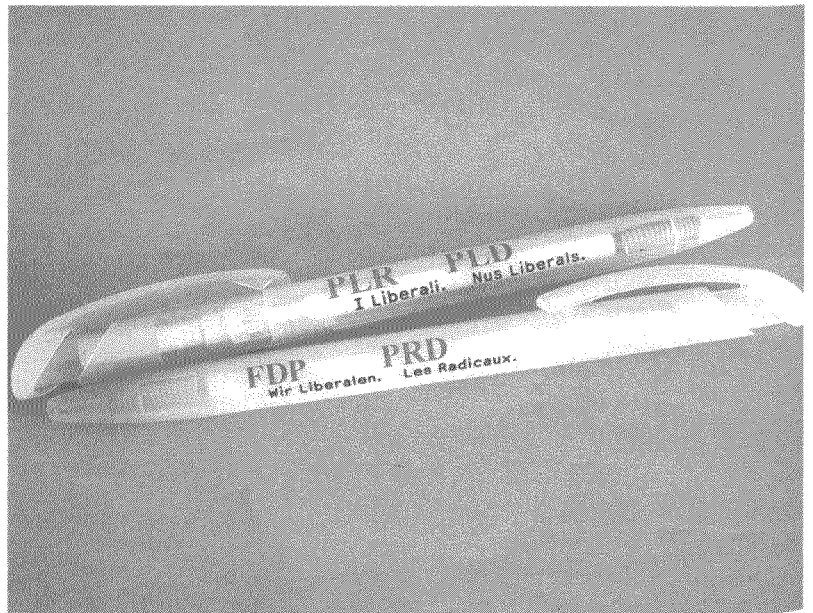


Post-it mit FDP-Logo

Diese praktischen Notizzettel gehören in jedes Büro und in jeden Haushalt.

20x50 Blatt

Preis: Fr. 32.– zuzüglich Porto und Verpackung



Kugelschreiber

Fr. 35.–/50 St.

Bestelladresse: FDP Schweiz, Erwin Aebischer, Postfach, 3001 Bern,
E-Mail: aebischer@fdp.ch, Tel. 031 320 35 25

Weitere Artikel finden Sie unter: www.fdp.ch/shop

Wachsende Schweiz



Verhandlungen Nein, Dialog Ja – Die Schweiz bestimmt ihre Steuerpolitik selber

Das direktdemokratisch legitimierte Steuersystem der Schweiz ist ein bedeutender Standortfaktor, den es zu erhalten gilt. Die FDP lehnt deshalb Verhandlungen mit der EU über dieses Steuersystem ab. Ein Dialog, um das gegenseitige Verständnis der Positionen zu fördern, kann allerdings hilfreich sein.

Der Wirtschaftsstandort Schweiz muss weiter attraktiviert werden, und für die Unternehmen in der Schweiz ist die Rechtssicherheit zu erhalten.

Die Steuersouveränität und der Steuerwettbewerb der Schweiz sind eine direktdemokratische Errungenschaft und ein Erfolgsfaktor. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Steuersystems ist eine wichtige Grund-

lage für Wachstum und Wohlstand. Aus diesem Grund verlangt die FDP ein offensives Vertreten des schweizerischen Steuerföderalismus und Steuerwettbewerbs. Der Steuerwettbewerb bringt auch den EU-Staaten Vorteile. Steuerwettbewerb führt nachweislich zu einem effizienten Einsatz der Steuergelder. Verhandlungen mit der EU werden strikt abgelehnt. Die Schweiz soll mit der EU aber einen Dialog zum

Steuersystem führen; dies gibt die Gelegenheit, der Europäischen Union die Position der Schweiz zu erklären und die gewachsene, demokratisch legitimierte Steuersouveränität der Kantone näher zu bringen. Auch innerhalb der EU gibt es unterschiedlichste Steuersysteme. Gleichzeitig muss die Schweiz weiter autonom an der Sicherung und Verbesserung ihrer Standortattraktivität arbeiten. Die Reformen müs-

sen einerseits zum Ziel haben, die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz zu verbessern. Andererseits ist darauf zu achten, dass mit diesen Reformen das Steuersystem unangreifbarer wird und damit die Rechtssicherheit für die Unternehmen in der Schweiz erhalten bleibt.

Wachsende Schweiz

Erfolg für FDP-Initiative – Auch Bundesrat will Verbandsbeschwerdrecht verbessern

Die Volksinitiative der FDP zur Verbandsbeschwerde hat einen weiten Teilerfolg erzielt. Mit seiner Zustimmung zur Initiative anerkennt auch der Bundesrat den dringenden Handlungsbedarf im Bereich des Verbandsbeschwerderechts. Das Verbandsbeschwerderecht wird mit der Volksinitiative der FDP verwesentlich und gewinnt damit auch an Legitimation zurück.

Unter dem Druck der Volksinitiative der FDP wurde im eidgenössischen Parlament die parlamentarische Initiative Hofmann umgesetzt und verabschiedet. Diese hat notwendige, aber nicht genügend Verbesserungen gebracht. Insbesondere die von der Verbandsbeschwerde-Volksinitiative der FDP aufgeworfene zentrale Frage der Bedeutung demokratischer Entscheide blieb weiterhin offen. Die FDP begrüsst deshalb den Entscheid des Bundesrats zugunsten der FDP-Initiative, welche genau diese Frage aufgreift und regelt. Die Verbandsbeschwerde-Volksinitiative schafft Klarheit im Verhältnis zwischen Volksrechten und demokratischen Entscheiden auf der einen und der Verbandsbeschwerdemöglichkeit auf der anderen Seite.

Auch mit der Volksinitiative der FDP bleibt das Instrument der Verbandsbeschwerde weiterhin erhalten; es wird allerdings verwesentlich. Dadurch steigt auch die Akzeptanz der Verbandsbeschwerde in der breiten Öffentlichkeit.

Wachsende Schweiz

FDP-Kantonalparteien fordern Wahlfreiheit und Qualitätstransparenz im Spitalbereich

Patientinnen und Patienten sollen die medizinische Qualität der Spitäler kennen und innerhalb der Schweiz ihr Spital frei wählen können. Qualitätstransparenz und Wahlfreiheit führen dazu, dass die Qualität und das Preis-Leistungsverhältnis der Spitalleistungen ins Zentrum gerückt werden. In diversen Kantonen haben FDP-Kantonalparteien bereits entsprechende Vorstösse eingereicht. Der Druck aus den Kantonen bewirkt, dass die Reformen im Gesundheitswesen und insbesondere im Spitalbereich zügig vorangetrieben werden. Seit 10 Jahren zeigt der Gesundheitsbarometer einen klaren Konsens der Schweizerinnen und Schweizer für Qualität und Wahlfreiheit. Beides ist bisher an kantonalen Grenzen gescheitert. Hier verlangen die Vorstösse endlich die Umsetzung des Volkswillens sowie liberaler Grundsätze. Den Gegnern dieser Reform wird es schwer fallen, den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären, weshalb sie keine Informationen über die medizinische Qualität der von ihnen finanzierten Spitäler erhalten und ihr wertvollstes Gut – die Gesundheit – nicht den besten Spitalern anvertrauen sollen.



Operieren bei den Besten: Freie Spitalwahl für Patienten.

Mutige und nötige Reform!

Die schweizerischen Unternehmen empfinden die Mehrwertsteuer als eine der grössten administrativen Belastungen. Der Bundesrat will dieses Übel beseitigen und hat ein totalrevidiertes Mehrwertsteuergesetz in die Vernehmlassung gegeben.

Von Markus Hutter,
Nationalrat und Unternehmer

Dieses mutige Gesetzgebungsprojekt ist modular aufgebaut. Kern ist das Modul «Steuergesetz». Es soll mit einer neuen Gesetzssystematik die Rechtssicherheit verbessern und Vereinfachungen schaffen. Als Ergänzung dazu empfiehlt der Bundesrat das Modul «Einheitssatz». Dieses bringt nicht nur eine Vereinheitlichung der drei heutigen Steuersätze (7,6%, 3,6% und 2,4%) auf einen einzigen von 6%, sondern vor allem auch die Abschaffung nahezu sämtlicher Ausnahmen. Alternativ dazu bietet der Bundesrat eine Variante «Gesundheitswesen» (nur einen Steuersatz, Belassung zahlreicher Ausnahmen) und ein Modul «2 Sätze» (zwei Steuersätze, Abschaffung nahezu aller Ausnahmen).



Markus Hutter

gangs erhoben wird, soll die Mehrwertsteuer die privaten Konsumausgaben belasten. Dies ist grundsätzlich in Ordnung, repräsentiert doch die Fähigkeit, Ausgaben zu tätigen, einen Aspekt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Das Problem der Mehrwertsteuer ist nun jedoch, dass sich der Staat die Erhebung sehr einfach macht: Er überträgt sie auf die Unternehmen und nimmt diese – unter dem Stichwort «Selbstveranlagung» – in eine nicht angemessene Verantwortung. Die Erhebung der Mehrwertsteuer ist für den Bundeshaushalt nur deshalb enorm effizient, weil die grosse Belastung der MwSt-Abrechnung den Unterneh-

men aufgebürdet wird: Den Steuereinnahmen von über 19 Mrd. Franken steht ein Aufwand von deutlich weniger als 100 Mio. Franken gegenüber. Dieses sensationelle Verhältnis von Kosten und Nutzen wird aber rasch getrübt, wenn daneben die internen Entrichtungskosten der Unternehmen, welche mehr als 1,5 Mrd. Franken ausmachen, herangezogen werden. Mit anderen Worten: Die schweizerische Wirtschaft subventioniert den Bundeshaushalt mit 1,5 Mrd. Franken; davon entfallen 1,3 Mrd. Franken auf die KMU, bei welchen insbesondere die kleinsten unter den damit verbundenen Lasten am meisten leiden. Wohlgermerkt: In diesem Betrag nicht eingerechnet sind die effektiven Mehrwertsteuerbelastungen, beispielsweise in Form einer «taxe occulte» oder aufgrund von rein formalistisch begründeten Aufrechnungen, welche die Unternehmen zu tragen haben.

Einheitssatz

Volkswirtschaftlich ist es deshalb sinnvoll, die Mehrwertsteuer so weit als möglich zu vereinfachen. Die grössten Vereinfachungen werden durch das Modul «Einheitssatz» erreicht. Es sind namentlich die Ausnahmen, welche für die Unternehmen eine grosse Komplizierung darstellen und bei ihnen beispielsweise zur systemwidrigen «taxe occulte» führen. Für diejenigen Unternehmen, welche Leistungen zu verschiedenen Steuersätzen anbieten, sind auch diese Abgrenzungen schwierig, organisatorisch aufwendig und im Falle einer Kontrolle sehr risikobehaftet. Dies zeigt auch die Realität, indem in 90 Prozent aller Fälle die Steuerverwaltung massive Steuer-Nachforderungen stellt, obschon die

Fehler grossmehrheitlich unfreiwillig und systembedingt auftreten.

Das Vorhaben, die Mehrwertsteuer durch die Abschaffung der Ausnahmen zu vereinfachen, trägt eine politische Hypothek: Verschiedene Branchen werden neu der Mehrwertsteuer unterstellt. Für all diese Unternehmen stellt das Modul «Einheitssatz» auf den ersten Blick eine neue Belastung dar. Sie müssen davon überzeugt werden, dass ihr individueller Nachteil durch den volkswirtschaftlichen Gesamtnutzen überkompensiert wird. Zudem würde die Unterstellung unter die Mehrwertsteuer auch in diesen Branchen unternehmerische Risiken und Kosten minimieren.

Das Modul «Einheitssatz» bringt auch zahlreiche Vorteile für viele Konsumentengruppen: Überall dort, wo heute kostenintensive Ausgaben mit dem Standardsteuersatz von 7,6% belastet sind, werden die Konsumenten durch die Herabsetzung des Steuersatzes auf 6% eine merkliche Entlastung erleben. Auch für die Gemeinwesen werden geringere Infrastrukturkosten resultieren, wenn sie auf Investitionsvorhaben nicht mehr 7,6%, sondern nur noch 6% MWSt zu bezahlen haben. Dies dürfte sich positiv auf ihre Investitionstätigkeit auswirken.

Weil die Vorteile eines tiefen Mehrwertsteuersatzes offenkundig sind, entspricht das Anliegen den Begehren der Wirtschaft – insbesondere der KMU – und verdient unsere volle Unterstützung! Es steht der FDP gut an, sich für eine liberale Mehrwertsteuer mit tiefem Einheitssatz einzusetzen und die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Mehrwertsteuerpflichtigen zu vertreten.

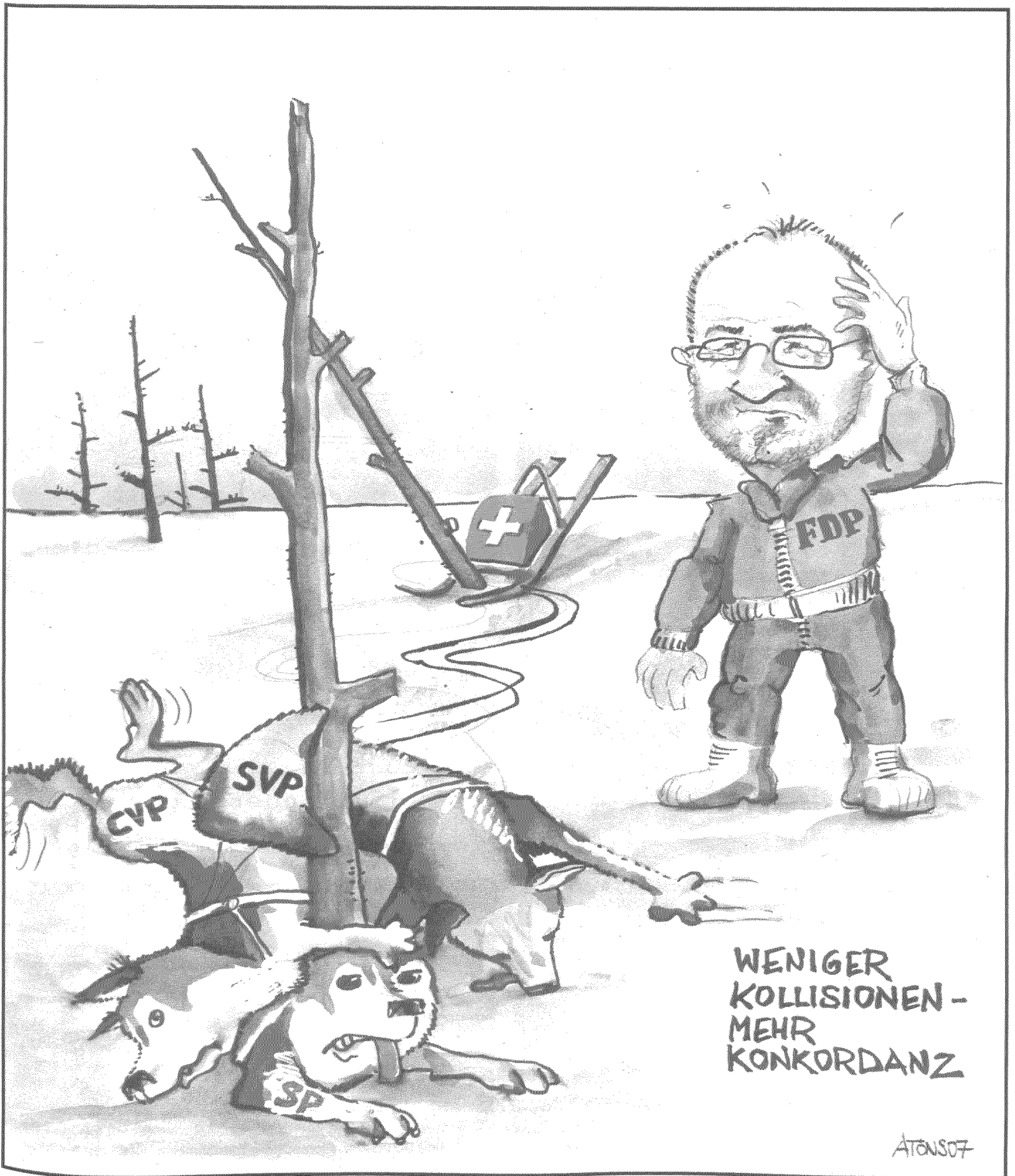
Neugestaltung

Eine Neugestaltung des Mehrwertsteuerrechts ist für die schweizerische Volkswirtschaft von eminenter Bedeutung. Dabei muss die besondere Konzeption der Mehrwertsteuer im Auge behalten werden. Zwar will der Staat auch mit der Mehrwertsteuer bei den Privaten Steuereinnahmen beschaffen. Anders als die Einkommenssteuer, welche aufgrund des Vermögenszu-

Wort des Monats

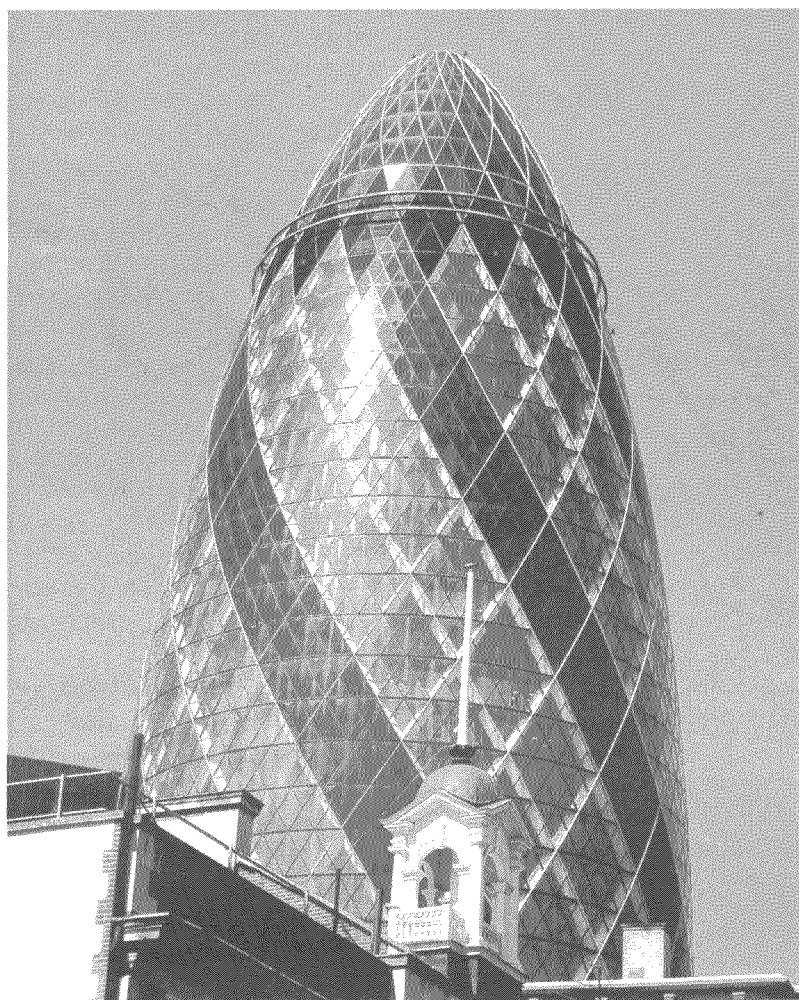
Konkordanz

Der Begriff Konkordanz stammt aus dem Lateinischen und kann mit «Übereinstimmung» übersetzt werden. Die Konkordanz zielt darauf ab, eine möglichst grosse Zahl von Akteuren (Parteien, Verbände, Minderheiten und gesellschaftliche Gruppen) in den politischen Prozess einzubeziehen und Entscheidungen im Konsens zu treffen. In der Schweiz ist das Erfolgssystem der Konkordanz in den letzten Jahren ausgehöhlt worden. Die FDP will die Konkordanz in Zukunft verbindlicher gestalten und anstelle inszenierter Polarisierung wieder eine gemeinsame Lösungsfindung anstreben.



Politik und Kultur in London

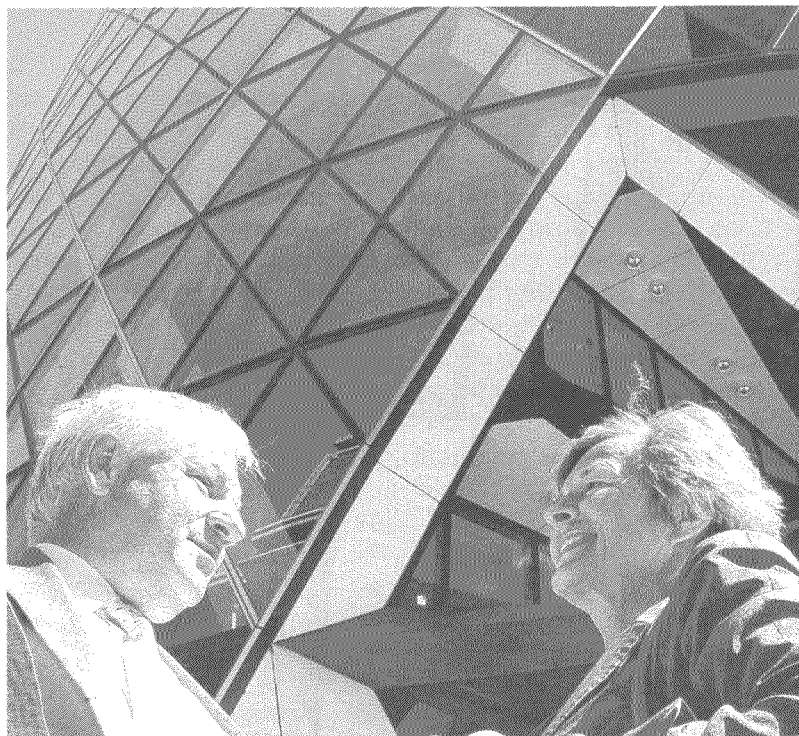
Very British! Vom 2. bis 5. Mai reiste eine politisch interessierte Freisinn-Leserschaft in die pulsierende Stadt an der Themse. Der Besuch des Swiss Re Tower, des International Institute for Strategic Studies und ein Abstecher ins House of Parliament machten die Leserreise zu einem unvergesslichen Erlebnis. Begleitet wurde die Leserreise von Ständerätin Trix Heberlein und Ständerat Rolf Schweiger.



Der 180 m hohe Swiss Re Tower – auch genannt «die Gurke» – ein imposantes Bauwerk des Stararchitekten Norman Foster.



Auch Sightseeing kam nicht zu kurz: ein Spaziergang durch den wunderschönen St. James's Park.

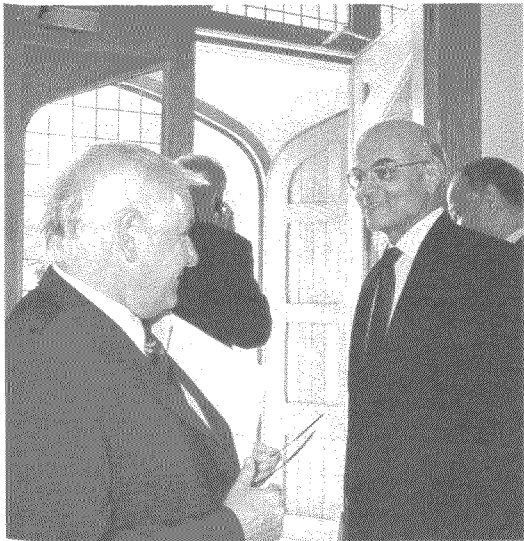


Rolf Schweiger und Trix Heberlein vor dem Besuch im Swiss Re Tower.

Das etwas andere London

Wer touristische Trampelpfade lieber links liegen lässt, der war mit der Leserreise nach London gut bedient. Statt einem Möchtegern am Hyde Park Corner hörten wir dem indischen Aussenminister zu, der am International Institute for Strategic Studies (IISS) referierte. Und den Experten des IISS, die uns Schweizern ihre neusten Einschätzungen zum Irak, zur Türkei und zum Handel mit radioaktiven Stoffen präsentierten. Statt Madame Tussauds besuchten wir das Parlament und liessen uns von einem Mitglied des Oberhauses in die Tücken des britischen Wahlsystems einführen. Mit Vertretern der Liberal Democratic Party diskutierten wir über liberale Ideen und ihre Umsetzung in unseren jeweiligen Ländern. Beim Frühstück in seiner Residenz erläuterte der Schweizer Botschafter uns Gästen die Feinheiten englischer Politik. Und schliesslich gab das festliche Nachtessen in einem der berühmten Clubs Gelegenheit, eine urenglische Tradition kennenzulernen. Most interesting indeed!

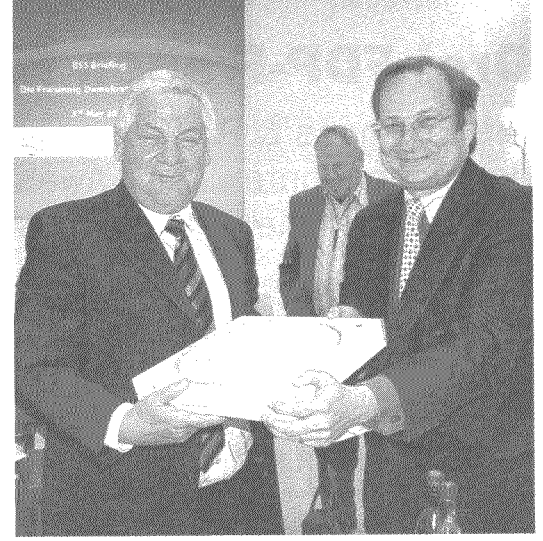
Christine Schneider, Freienstein, Teilnehmerin



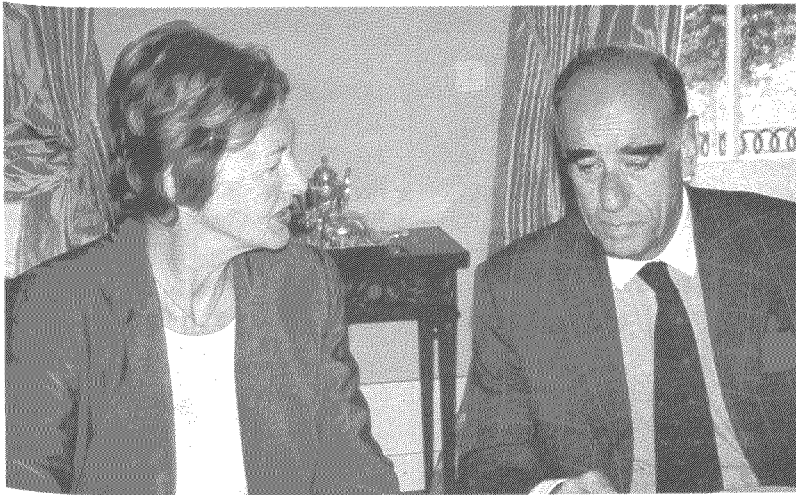
Rolf Schweiger im Gespräch mit Shivshankan Menon, dem indischen Aussenminister.



Very British!



Rolf Schweiger übergibt Michael Draeger, Director of Finance and Technology des ISS, eine Zuger Kirschtorte als Dankeschön für die Gastfreundschaft.



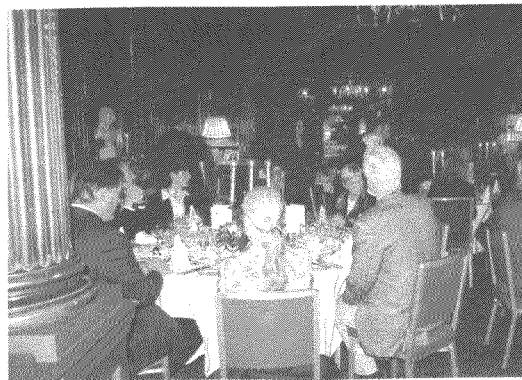
Trix Heberlein beim herzlichen Breakfast-Empfang in der Schweizer Botschaft mit Alexis P. Lautenberg. «Die Briten haben einen Vorteil gegenüber den Schweizern: Sie streben nicht immer an, geliebt zu werden.» Alexis P. Lautenberg.



Eine Delegation des International Institute for Strategic Studies führte in die Konfliktforschung ein. Die Expertenvorträge zu Irak, Iran und Afghanistan waren äusserst spannend. Der indische Aussenminister, Shivshankan Menon, sprach anschliessend über internationale Sicherheit in Indien.



Auch Zuhören macht hungrig! Die Gruppe genoss ein hervorragendes Menu im House of Parliament.



Urenglische Tradition und gute britische Küche im Reform Club.



Offizieller Fototermin vor dem Parlament.

Fotos: Eliane Gnägi

Drei FDP-Frauen für Lena

Die Business & Professional Women BPW Switzerland vergeben in diesem Jahr erstmals den sogenannten Lena Award. Ausgezeichnet werden Persönlichkeiten und Projekte, welche sich für die qualitative Gleichstellung von Frauen einsetzen.

Die FDP-Frauen haben mit der St. Galler Regierungsrätin Karin Keller-Sutter, der ehemaligen Lausanner Stadträtin Doris Cohen-Dumani und der Zürcher Kantonsrätin Regine Sauter drei Frauen aus ihren Reihen für den Lena-Award nominiert. Die genannten FDP-Exponentinnen haben mit ihren wegweisenden Projekten zugunsten von Frauen und Familien neue Wege beschritten. Ihr Beispiel zeigt, dass sich Engagement und Beharrlichkeit lohnen. Sie sind echte Erfolgsfrauen und liberale Vorbilder.

Die Business & Professional Women BPW Switzerland haben unter

Leitung ihrer Präsidentin Sanja Ronga den Lena Award ins Leben gerufen. (vgl. «Ein liberaler Blick auf... Sanja Ronga»). Benannt nach der Gründerin der weltweiten BPW-Bewegung Dr. Lena Madessin Phillips, werden künftig alle zwei Jahre Persönlichkeiten und Projekte ausgezeichnet, welche sich für die qualitative Gleichstellung von Frauen einsetzen.

Rollen-Modelle

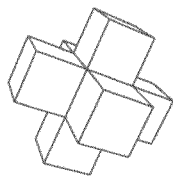
Die FDP-Frauen Schweiz freuen sich über den Lena Award. Die Idee, innovative Lösungen und Projekte zugunsten von Frauen oder der bes-

seren Vereinbarkeit von Beruf und Kinderwunsch mit einem Preis auszuzeichnen, findet die volle Unterstützung der FDP-Frauen. Die bessere Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehören seit je zu den politischen Prioritäten der FDP-Frauen. Sie sind überzeugt, dass die erfolgreichen Beispiele von engagierten Frauen und ihren Projekten Modellcharakter haben und Unternehmen, Organisationen und Institutionen dazu motivieren können, Projekte zugunsten von Frauen oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu lancieren.

Die FDP-Frauen Schweiz haben drei Exponentinnen für den diesjährigen Lena-Award in zwei verschiedenen Kategorien nominiert. Es handelt sich um folgende Persönlichkeiten:

gierungsrätin Karin Keller-Sutter hat zu Beginn des neuen Jahrtausends als Erste mit dem von ihr initiierten Polizeigesetz das Problem angepackt und Massnahmen im Bereich der Bekämpfung und Prävention häuslicher Gewalt realisiert. Mit ihrer innovativen Gesetzgebung und kontinuierlichen Umsetzung hat Karin Keller-Sutter neue Wege im Bereich der Prävention und Bekämpfung häuslicher Gewalt beschritten. Sie hat ein Tabu an die Öffentlichkeit gebracht und eigentliche Pionierarbeit in der Schweiz geleistet. Das Polizeigesetz ist seit mehreren Jahren in Kraft und wurde zum Vorbild für neue Polizeigesetze in verschiedenen Schweizer Kantonen. Eine externe Evaluation belegt einerseits den Erfolg des Projektes von Karin Keller-Sutter und bestätigt andererseits die Nachhaltigkeit.

FDP FRAUEN
Wir Liberalen.



Kurzseminar:

Outfit = Kommunikation

26. Juni 2007 / 18.00 Uhr

38% des ersten Eindrucks einer Person sind Outfit, 55% sind Körpersprache, nur 7% sind verbal. Somit ist klar, dass dem Outfit und der Körpersprache sehr viel Bedeutung zukommt.

Die FDP Frauen des Kantons Zürich konnten mit Lucia Bleuler, Lucia B Image Management, eine ausgewiesene Spezialistin auf diesem Gebiet für ein Seminar gewinnen. Dieser Event findet zudem in einem dafür prädestinierten Umfeld statt: Dem Restaurant «Seidenspinner» in Zürich, zu Gast bei Fabric Frontline.

Lucia Bleuler zeigt in diesem Seminar die Wirkung von Farbe, Stil und Mustern und worauf es ankommt, um mit wenigen Details viel zu erreichen. Die Teilnehmer kommen zudem in den Genuss einer kurzen individuellen Beratung - es empfiehlt sich also, in einem Outfit zu kommen, das man für offizielle Auftritte bereitgelegt hat.

Das Seminar steht auch Herren offen!

Ort: Fabric Frontline (Ankerstrasse 120, Zürich)

Unkostenbeitrag: Fr. 90.- / inkl. anschliessendem Apéro

Organisation: FDP Frauen des Kantons Zürich

Anmeldungen an: Marianne Zambotti,
marianne@zambotti.ch, Tel. 044 923 72 57



Karin Keller-Sutter ist derzeit Regierungsräsidentin im Kanton St. Gallen. Die 44-jährige Erfolgsfrau leistet Pionierarbeit im Bereich der Bekämpfung und Prävention der häuslichen Gewalt

Regierungsrätin Karin Keller-Sutter (SG); während Jahrzehnten wurde Gewalt gegen Frauen im häuslichen Umfeld tabuisiert, verdrängt und verharmlost. Die St. Galler Re-



Die 61-jährige Doris Cohen-Dumani legte mit ihrem Engagement den Grundstein für die Schaffung und nachhaltige Finanzierung von 2500 Kinderbetreuungsplätzen. Sie amtierte während 12 Jahren als Stadträtin von Lausanne und war 17 Jahre im Waadtländer Kantonsrat aktiv.

Die ehemalige Stadträtin von Lausanne und Waadtländer Kantonsrätin **Doris Cohen-Dumani**

(VD); sie hat mit ihrem Vorstoss die Gründung einer Stiftung realisiert. Die Stiftung wird von Seiten der öffentlichen Hand und der Wirtschaft geäußert und ermöglicht die Schaffung und langfristige Finanzierung von rund 2500 familienergänzenden Tagesplätzen für Kinder im Alter von 0 bis 12 im Kanton Waadt. Die von Doris Cohen-Dumani initiierte und heute auch präsierte Stiftung mit ihrer neuartigen Finanzierungsgrundlage für familienergänzende Kinderbetreuung findet insbesondere in der Westschweiz grosse Beachtung und hat Modellcharakter. Im Kanton Luzern wurde vor kurzem ein analoges Projekt lanciert.



Die 41-jährige Zürcher Kantonsrätin Regine Sauter lancierte das Modell Betreuungsgutscheine.

Kantonsrätin Regine Sauter (ZH); sie hat als Erste die Einführung von Betreuungsgutscheinen angeregt. Der Vorstoss zielt auf einen Wechsel zur nachfrageorientierten Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung ab. In der Schweiz fehlt es derzeit an bedarfsgerechten Angeboten in der Kinderbetreuung. Zudem liegt das Preisniveau weit über dem internationalen Durchschnitt. Mit Betreuungsgutscheinen soll einerseits die Angebotsvielfalt erweitert, andererseits insbesondere der Mittelstand wirksam entlastet und somit die Teilnahme der Frauen am Arbeitsmarkt besser ermöglicht werden. Regine Sauter ist mit ihrem innovativen Vorstoss neue Wege gegangen und hat einen Prozess ins Rollen gebracht, der zu einem funda-

Ein lieberaler Blick auf...

Sanja Ronga
35, Politologin, Präsidentin der BPW Switzerland



Frau Ronga, welche Frauen oder Projekte wollen Sie mit dem Lena Award auszeichnen?

Die Auszeichnung wird für ausserordentliche Leistungen von oder für Frauen und Familien vergeben. Das heisst, der «Lena Award Switzerland» ist die Anerkennung für erfolgreiche Projekte in vier Kategorien:

- Innovatives Projekt zugunsten von Frauen und/oder Familien
- Erfolgreicher Frauen-Firmen-Start-up
- Wegweisender politischer Vorstoss zugunsten von Frauen und/oder Familien
- «Ehren-Lena» für eine beeindruckende Frau.

BPW Switzerland zeichnet folglich Projekte und Persönlichkeiten aus, welche sich für die qualitative Gleichstellung von Frauen im Berufsleben einsetzen.

Heute gibt es eine Vielzahl von Preisen und Ehrungen – auch speziell für Frauen. Woher stammt die Idee für den Lena-Award und worin unterscheidet sich der Lena-Award von anderen Auszeichnungen?

mentalen Umbau und Optimierung der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung führen kann. Die FDP-Frauen sind überzeugt, dass der Vorstoss von Kantonsrätin Regine Sauter den Weg für ein Pilotprojekt in der Schweiz ebnen wird. Für uns sind Karin Keller-Sutter, Doris Cohen-Dumani und

Regine Sauter echte Erfolgsfrauen und liberale Vorbilder. Die FDP-Frauen Schweiz hoffen, die Lena-Jury mit den nominierten Exponentinnen und ihren Projekten zu überzeugen. Nun heisst es Daumen drücken. Die Preisverleihung findet am 20. September in Zürich statt. Mehr über die FDP-Frauen unter

Dieser Preis ist der Vordenkerin und Gründerin von BPW, Dr. Lena Madésin Phillips, gewidmet. Sie hat BPW International 1930 in Genf gegründet und damit einen wichtigen Impuls für die Selbstverantwortung der Frau gegeben. Ziel war es damals wie heute, für Frauen eine bessere Zukunft zu schaffen. Da eine bessere Zukunft auch mit wirtschaftlicher Sicherheit und Unabhängigkeit zu tun hat, setzte sie auf berufstätige Frauen.

Ziel dieser Preisvergabe ist – im Sinne von Lena Madésin Phillips –, die erzielten Erfolge von und für Frauen einem breiten Publikum zugänglich zu machen und so den Gedanken von BPW gegen aussen zu tragen. Mit diesem Preis können Frauen präsenter sein und andere Frauen zu persönlichem Engagement ermutigen. BPW Switzerland will sich auf wirtschaftlicher und politischer Ebene künftig stärker positionieren und wird unter anderem im Bereich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf Priorität setzen.

Welche Rolle spielen die BPW-Frauen Switzerland? Wie wichtig ist das von Ihnen präsierte Netzwerk?

Die BPW sind zugleich «Vorreiterinnen» und «Vorbilder». Sie sind verantwortungsbewusst, engagiert, finanziell unabhängig und frei in ihren Entscheidungen. Mit 38 Clubs und 2500 Mitgliedern ist BPW Switzerland eine Plattform, um aufzuzeigen, wie gross das Potenzial an weiblichen Führungskräften ist. Der Verband vereinigt Unternehmerinnen, Kaderfrauen und Managerinnen aus Wirtschaft, Politik, Kultur, öffentlichen Ämtern, NGO, Wissenschaft und Medien. BPW ist schweiz- und weltweit der bedeutendste Verband berufstätiger Frauen in verantwortungsvollen Positionen.

BPW Switzerland setzt sich für den Wertewandel in der Gesellschaft ein – dieser ist der Schlüssel zum Erfolg der Frauen. Aber es liegt an uns allen, d.h. Frauen und Männern zusammen, beständig dafür zu sorgen, dass Fortschritte erzielt und Chancengleichheit Wirklichkeit werden.

(BP)

www.fdp-frauen.ch. Weitere Informationen zum Lena Award Switzerland unter www.bpw.ch.

Kampagne

Tag der erfüllten Steuerpflicht

Der Tag der Steuerzahler war für die jungfreisinnigen Anlass, um die Generationengerechtigkeit aus einer finanziellen Perspektive ins Zentrum zu rücken. Ein Film verdeutlicht die besorgniserregende Entwicklung auf einfache Art. Heutzutage brauchen wir mehr als doppelt so lange, um unsere Steuern zu zahlen, als vor 50 Jahren. In der gleichen Zeitspanne wurden neue Schulden in der Höhe von über 200 Mrd. CHF angehäuft. Die jungfreisinnigen fordern mutiges Handeln, bevor die Solidarität der Generationen überstrapaziert wird!

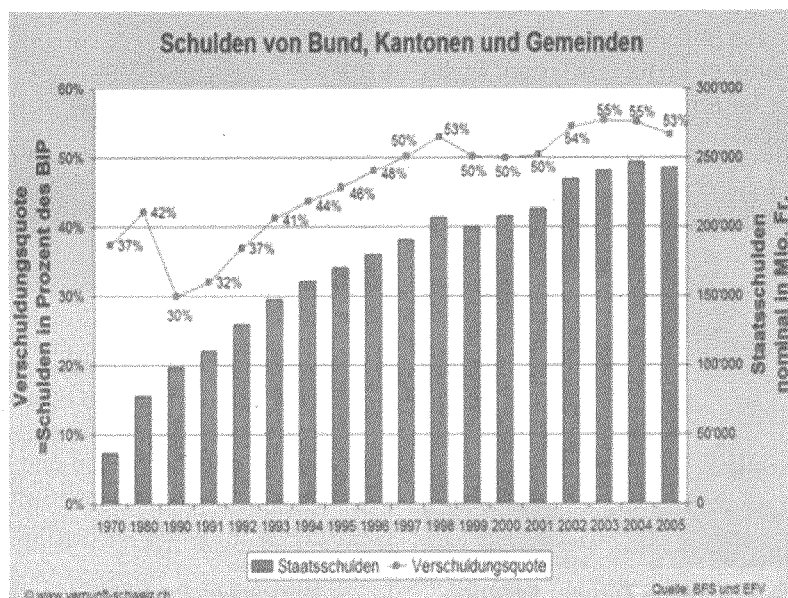
Man weiss nicht recht, ob man sich am Tag der Steuerpflicht, freuen kann oder nicht. Dieses Jahr haben wir im Schnitt 106 Tage lang für den Staat gearbeitet. Erst ab heute steht jedem und jeder sein bzw. ihr Einkommen frei zur Verfügung. Nach 3 ½ Monaten ist die jährliche Steuerschuld beglichen. Blickt man aber zurück und vergleicht mit früher, so muss man von einer eigentlichen Tragödie sprechen. 1950 reichten noch rund 50 Tage, um die Steuern zu bezahlen. Heute schuftet man im Schnitt doppelt so lange für die Allgemeinheit.

Noch dramatischer ist die Lage, wenn die Schuldenentwicklung unseres Staatswesens mit in die Berechnung einbezogen wird. Im letzten halben Jahrhundert wurden rund 200 Mrd. CHF an Schulden neu angehäuft. Die Generation unserer Eltern und Grosseltern hat massiv mehr ausgegeben, als sie selber zu zahlen bereit gewesen ist. Die Generationengerechtigkeit wurde dadurch arg strapaziert (und damit ist die desolante Lage der Sozialwerke noch nicht berücksichtigt), denn jeder Franken an Schulden sind latente Steuern. Steuern also für die künftigen Generationen.

Die jungfreisinnigen sind über diese dramatische Entwicklung sehr besorgt. Es gilt zu handeln, bevor der fiktive Generationenvertrag gänzlich zur Worthülse verkommt. Wir fordern, die begonnenen Korrekturen im öffentlichen Haushalt konsequent weiter voranzutreiben. Die Aufgabenverzichtungsplanung

muss forciert und mutig angegangen und darf nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es braucht neue Prioritäten und eine Konzentration auf die Kernaufgaben. Subventionen sind nur noch befristet zu gewähren. Es braucht einen verbindlichen Plan für den echten Schuldenabbau!

Erste kleine Erfolge zeichnen sich ab, seit Bundesrat Merz im Finanzdepartement das Zepter übernommen hat. So verringert sich seit 2005 die Fiskalquote erstmals seit Langem wieder. Auch die Entlastungsprogramme haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Diese Etappenziele dürfen aber nicht über die bevorstehenden Herausforderungen hinwegtäuschen.



Entwicklung der Staatsschulden.

Event

Podiumsdiskussion der Jungparteien

Am 16. April 2007 organisierten Schülerinnen und Schüler der Berufsschule aprentas in Muttenz eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aller Jungparteien zum Thema «Wo drückt die Jungen der Schuh?». Die Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz, Lena Schneller, brachte den Auszubildenden den Standpunkt der Jungfreisinnigen Schweiz näher.

Unter der Leitung der Journalistin Barbara Stähler diskutierten Simon Trinkler, Landrat der jungen Grünen, Cédric Wermuth, Generalsekretär der Jungsozialisten, Simon Oberbeck, Präsident der Jungen CVP, Désirée Stutz, Präsidentin der Jungen SVP und Lena Schneller

die von den Schülerinnen und Schülern vorbereiteten Themen.

Im Vorfeld der Diskussion hatte die Berufsschule 287 Lernende befragt, welche politischen Themen ihnen wichtig sind. Daraus entstand ein «Sorgenbarometer» mit den 10 meistgenannten Themen-

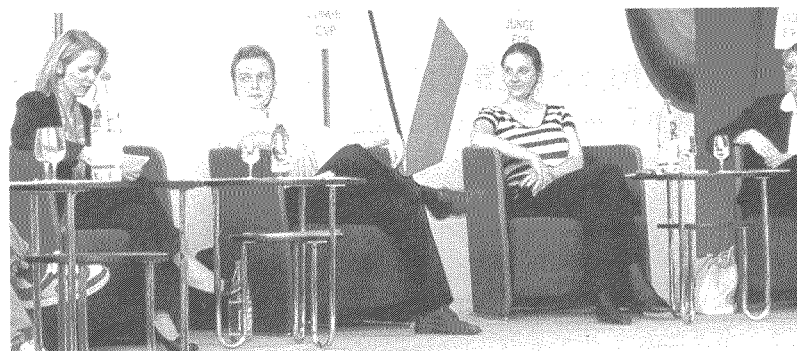
bereichen: Freizeit, Integration, Bildung, Energie, Umwelt, Vorsorge, Arbeitslosigkeit, Aussenpolitik, Forschung und Armee. Die Auszubildenden sammelten Informationen zu diesen Themen und erarbeiteten je eine Forderung. So sprachen sich die Lernenden bei-

spielsweise für mehr Ferien während der Ausbildung, die Vereinheitlichung des Bildungswesens, die Sicherung der AHV und die Fortsetzung des bilateralen Wegs aus.

Einige der Themen wurden anlässlich der Podiumsdiskussion aufgegriffen, wie die Bekämpfung von Rassismus, das Hauptanliegen der Jugendlichen im Bereich Integration. Dabei wurde sowohl über die Notwendigkeit des Rassismus-Artikels als auch die Konsequenzen für Ausländerinnen und Ausländer bei einem Verstoß gegen Recht und Ordnung debattiert. Immer wieder zeigte sich die gute Vorbereitung der Jugendlichen, welche die kontroverse Diskussion mit Fragen und Stellungnahmen mitgestalteten. Mehr Einigkeit herrschte beim Thema Energie

und Umwelt, bei welchem der Wunsch der Lernenden nach einer gezielten Förderung von erneuerbaren Energien und verbessertem Schutz der Umwelt im Zentrum stand. Die Podiumsgäste wiesen insbesondere auf das gemeinsame Statement gegen Gaskraftwerke hin, welches – auch bei einigen Mutterparteien – auf ein gutes Echo gestossen war. Ebenso stimmten alle der Forderung nach mehr Energieeffizienz zu. Die Frage der Kernenergie liess die Diskussion indes nochmals aufleben, bevor zum Abschluss die Arbeit der Jungparteien im Vergleich zu jener der Mutterparteien erläutert wurde.

Ziel des Podiums war es, die Lernenden im Hinblick auf die Wahlen im kommenden Herbst für Politik



Vertreter der Jungparteien diskutierten zum Thema: «Wo drückt die jungen der Schuh?»

als Mittel zur Wahrnehmung von Interessen zu sensibilisieren. Zudem sollten die Jugendlichen über die unterschiedlichen Haltungen der fünf wichtigsten Parteien zu den Themen, die ihnen am Herzen liegen, informiert werden. Dieses Ziel wurde erreicht. Die Podiumsdiskus-

sion und die Befragung zeigten den Lernenden, dass Politik kein abstrakter Begriff ist, sondern einen direkten Bezug zu ihrer Lebenswelt aufweist und dass es bei Wahlen und Abstimmungen auch um die Vertretung ihrer Interessen geht.

Delegiertenrat

Ja zur IV-Revision!

Anlässlich ihres Delegiertenrats in Windisch haben die Jungfreisinnigen Schweiz am 28. April 2007 einstimmig die Ja-Parole zur 5. IV-Revision beschlossen. Die Revision ist dringend nötig, wenn wir den künftigen Generationen nicht einen noch grösseren Schuldenberg hinterlassen wollen.

Seit Jahren setzen die Jungfreisinnigen sich dafür ein, dass die verschuldete IV saniert wird. Die beste Möglichkeit, dies zu tun, ist es, Behinderte verstärkt ins Erwerbsleben einzugliedern. Dabei geht es nicht nur darum, IV-Renten von jährlich einer halben Milliarde Franken einzusparen, sondern auch um das wirtschaftliche Potenzial von Invaliden zu nutzen. Wir Jungfreisinnigen haben die Reformen der Invalidenversicherung deshalb zu einer Kernforderung für die Nationalratswahlen gemacht. Denn auch mit der Revision vom 17. Juni sind die Probleme noch nicht gelöst.

Wir sind uns bewusst, dass die politischen Reformen alleine nicht ausreichen. Es braucht auch ein gesellschaftliches Umdenken. Doch dieses kann nur erreicht werden,

wenn Invalide noch stärker als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden, und nicht in erster Linie als integrationsresistente Bezüger von Staatsgeldern.

Aus diesem Grund verurteilen wir Jungfreisinnigen auch die Kampagne der Gewerkschaften (behinderte Bundesräte) aufs Schärfste. Nicht nur dass den rationalen Argumenten der Befürworter lediglich mit emotionalen Bildern begegnet wird. Auch steht die Kampagne im krassen Gegensatz zu den langjährigen Bemühungen von Betroffenenorganisationen, Behinderte nicht nur als Bedauernswerte und Hilflose erscheinen zu lassen. Doch dies kann den Gewerkschaften egal sein, denn nach der Abstimmung ziehen sie einfach zum nächsten populistischen Thema weiter.



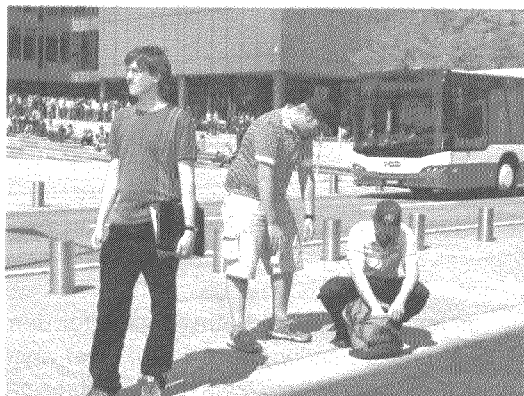
Der neue Wahlprospekt der Jungfreisinnigen Schweiz zur Invalidenversicherung.

Aus der Überzeugung, dass die IV-Revision notwendig ist und dass die Selbstverantwortung auch bei Invalidität die Voraussetzung für ein

würdevolles Leben ist, sagen die Jungfreisinnigen JA zur 5. IV-Revision.

Die neue FDP beweg

Die intelligente Schweiz – Investition in Talente, Neugier, Ideen



1. Die Schule erhöht das Leistungsniveau und belohnt Leistung

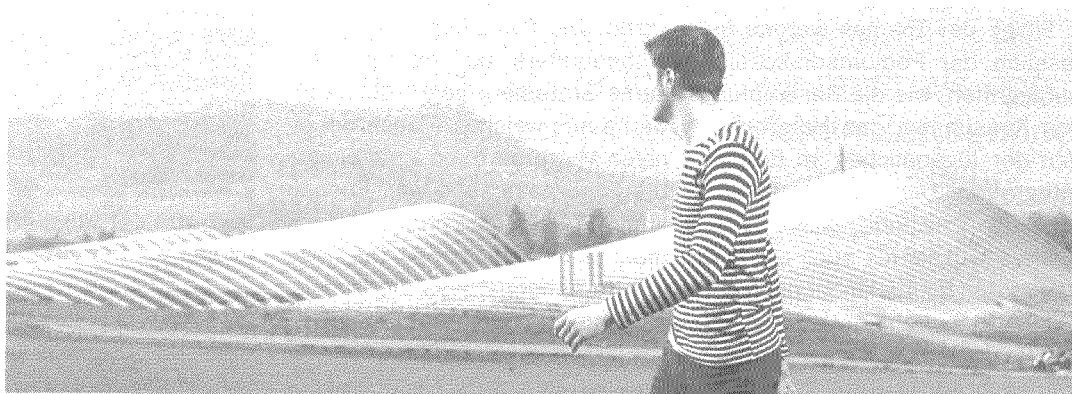
- > Generelle Steigerung des Leistungsniveaus der Schülerinnen und Schüler
- > Vorschulunterricht in der jeweiligen Landessprache zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit bei Schuleintritt
- > Einschulung der Kinder ab dem vollendeten 4. Altersjahr in einem Kindergarten oder einer Eingangsstufe, damit Integration und Förderung frühzeitig einsetzen
- > Dreisprachigkeit nach dem Abschluss der obligatorischen Schule (zwei Landessprachen und Englisch)
- > Einführung eines Benotungssystems auf allen Schulstufen, das sich nach schweizweit einheitlichen Ausbildungszielen richtet
- > Gewährleistung des ordentlichen Schulbetriebs durch konsequentes Durchgreifen der Behörden gegen Störungen jeder Art

2. Wissen prägt unsere Zukunft und schafft Wohlstand

- > Deutlich höhere und nachhaltige Investitionen in Bildung und Forschung
- > Effizienterer Mitteleinsatz in Bildung und Forschung: stärkere Berücksichtigung von Talent und guten Leistungen
- > Stärkung des Ideenlandes Schweiz: Gewährleistung der Forschungsfreiheit und des Innovationsschutzes im Immaterialgüterrecht (Patent-, Marken-, Design- und Urheberrecht)
- > Gründung der Stiftung Forschung Schweiz, die ehemaliges staatliches Vermögen der Forschung zur Verfügung stellt

Die wachsende Schweiz –

Europas Wachstumsnation: wirtschaftlich, menschlich, kreativ



3. Steuerwettbewerb – tiefe Steuern – einfaches Steuersystem

- > Förderung des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen und mit dem Ausland
- > Vereinfachung der Besteuerung der natürlichen Personen: Individualbesteuerung mit Wahlrecht
- > Einführung der Easy Swiss Tax auf kantonaler Ebene: Vereinfachung der Besteuerung der natürlichen Personen mit Einheitstarifen und Einheitsabzügen sowie einer Soll-Kapitalrendite
- > Reform der Mehrwertsteuer zugunsten der Unternehmen: Schaffung von Rechtssicherheit und Verfahrensgerechtigkeit, Entlastung durch Vereinfachung, tiefer Einheitssatz dank wenigen Steuerausnahmen

4. Tiefe Konsumentenpreise dank Wettbewerb

- > Einseitiger Abbau der technischen Handelshemmnisse durch Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips: in der EU zugelassen = in der Schweiz zugelassen
- > Übernahme der aktuellen und künftigen EU-Normen und grenzwerte im Warenbereich
- > Wirksame Bekämpfung von unzulässigen Preisbindungen zwischen ausländischen Lieferanten und Importeuren (Vertikalbindungen) mit einer Verschärfung des Kartellrechts
- > Stärkung der Effizienz der Wettbewerbskommission

5. Für eine umwelt- und klimafreundliche Energiepolitik

- > Beibehaltung der CO₂-armen einheimischen Stromproduktion aus klimapolitischen Gründen
- > Versorgungssicherheit dank Fokussierung auf Energieeffizienz, Wasserkraft und neue erneuerbare Energien sowie dank dem Ersatz bestehender Kernkraftwerke durch Typen der neuesten Generation
- > Rasche Lösung der Entsorgungsfrage bei Kernkraftwerken
- > Festsetzung ehrgeiziger Reduktionsziele bei den Treibhausgasen für die Nach-Kyoto-Zeit in enger Kooperation mit der Wirtschaft

6. Gesundheitsmarkt Schweiz: Qualität und Kostentransparenz

- > Freier Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zu qualitativ hoch stehenden medizinischen Leistungen
- > Freie Wahl der Spitalabteilung im Spitalinnenmarkt Schweiz
- > Transparenz und Vergleichbarkeit von Gesundheitsleistungen im Interesse der Patientinnen und Patienten sowie zur besseren Kostenkontrolle
- > Schaffung einer Gesundheitsverfassung zur besseren Koordination zwischen Bund und Kantonen, insbesondere bei der stationären Versorgung
- > Positionierung der Schweiz als Hochburg des medizinischen Fortschritts und führende Nation im internationalen Wettbewerb

t die Schweiz mit 4 Projekten

Die offene Schweiz – Integration und Vernetzung



7. Ausbau der internationalen Vernetzung der Schweiz

- > Förderung des Freihandels durch Teilnahme an den WTO-Abkommen
- > Abschluss von Freihandelsabkommen mit den grossen dynamischen aussereuropäischen Volkswirtschaften USA, Japan, China, Indien, Russland und Brasilien
- > Weiter mit den Bilateralen: Abschluss eines Freihandelsabkommens für die Landwirtschaft und die vor- und nachgelagerten Bereiche bis 2015, Prüfung einer mittelfristigen Vereinbarung über ein europäisches Patentschutzgebiet

8. Integrationsland Schweiz: Erfolgsgeschichte weiterführen und neue Herausforderungen meistern

- > Aktive Migrationspolitik, die auf der Personenfreizügigkeit mit der EU und im Bereich der aussereuropäischen Migration auf der beruflichen Qualifizierung beruht
- > Nationale Integrationsstrategie mit nationalen Integrationsstandards in allen Lebensbereichen
- > Ein wichtiger Integrationsstandard sind die Schulleistungen; das durchschnittliche Bildungsniveau muss steigen
- > Durchsetzung der schweizerischen Rechtsordnung und der Grundwerte, Nichterfüllung von Forderungen wird sanktioniert, Gesetzesverletzung wird bestraft
- > Integration ist Recht und Pflicht des Einzelnen, Integration erfolgt ab Geburt oder ab Zuzug und basiert auf dem Prinzip «Fördern und Fordern»

9. Sicherheit durch Kooperation

- > Konsolidierung, Modernisierung und Weiterentwicklung der Armee unter Berücksichtigung der veränderten Bedrohungslage
- > Finanzielle Stabilität und Planungssicherheit für die Armee dank mehrjährigen Rüstungsprogrammen
- > Konsequente Umsetzung der Strategie «Sicherheit durch Kooperation», insbesondere durch Abschluss eines Rahmenabkommens mit der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- > Gezielter Ausbau der Kapazitäten für die militärische Friedensförderung und Steigerung der Attraktivität der Friedensförderungseinsätze
- > Verbesserung des Leistungsprofils der Armee und Modernisierung der Miliz durch Verdoppelung der Anzahl Durchdiener
- > Beschaffung von Luftransportkapazitäten, um Truppen verschieben, versorgen und notfalls evakuieren zu können

Die gerechte Schweiz –

Die neue 4-Generationen-Gesellschaft: mehr Chancen für alle



10. Beruf und Kinderwunsch vereinbar machen

- > Wahlfreiheit bezüglich Rollenverteilung innerhalb der Familie
- > Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung im Rahmen von Ganztagesstrukturen
- > Flexibilisierung und Vereinfachung der Auflagen zur Eröffnung und Führung von Kinderbetreuungsinfrastrukturen
- > Schaffung von Ausbildungsangeboten für die Kinderbetreuung zwecks Einbezug von Quer- und Wiedereinsteigerinnen bei Gewährleistung professioneller Betreuungsstandards
- > Einfachere und gerechtere Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung dank Betreuungsgutscheinen

11. Stärken der Älteren nutzen: Anreize für eine längere Teilnahme am Arbeitsleben

- > Flexibilisierung des Pensionierungsalters durch Einführung eines 3-Stufen-Modells: Recht auf Teilrente ab Mindest-Rentenalter, reguläre Rente ab Rentenalter 65, Zusatzrente ab maximalem Rentenalter bei gleichzeitigem Rentenverzicht bis zur Pensionierung
- > Schaffung von Anreizen für längeres Verbleiben der Arbeitnehmenden im Erwerbsleben
- > Schaffung von Anreizen für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zur längeren Beschäftigung von älteren Arbeitnehmenden



Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren

Die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der FDP sind in Bewegung, und dies bereits seit geraumer Zeit. Ein Einblick in die Aktivitäten der FDP.

Ein Wahlkampf ist wesentlich mehr als die Präsentation der Wahlziele und das Erstellen von Inseraten und Plakaten. In einem Wahlkampf muss die ganze Partei mobilisiert werden und zahlreiche Aktivitäten sind zu organisieren und zu koordinieren, damit den Bürgerinnen und Bürgern aufgezeigt werden kann, was die FDP will: die Schweiz bewegen.

Wahlplattform vorgestellt

Ende April stellte Parteipräsident Fulvio Pelli zusammen mit dem Präsidium die Wahlplattform der FDP vor. Gabi Huber, Ruedi Noser, Felix Gutzwiller, Erika Forster, Didier Burkhalter sowie Rolf Schweiger präsentierten die Projekte der FDP für eine intelligente, wachsende, offene und gerechte Schweiz. Das Medien-

echo auf diese Präsentation war gross.

Startschuss für die Plakatkampagne

Seit Mitte Mai sind in allen Landesteilen die Plakate der FDP zu sehen. Die Plakate zeigen Menschen in Bewegung, Menschen, die eine liberale Zukunft für unser Land wollen. Es soll klar zum Ausdruck gebracht werden, dass die FDP die positive Kraft der Schweiz ist.

«Lust auf Wahlkampf» – Ausbildung für Kandidierende

Um die Kandidierenden bestmöglich auf die Wahlen vorzubereiten, startete die FDP bereits Anfang April mit ersten Ausbildungskursen. Den Auftakt machte am 10. und 11. April der Grundkurs «Per-

sönlicher Wahlkampf, Medientraining und öffentlicher Auftritt». Die Teilnahme sowie das Echo waren äusserst erfreulich. Weitere Kurse sowie Argumentationstrainings zu den 4 Projekten wurden bisher durchgeführt und sind bis in den Spätsommer geplant.

Dienstleistungen für Kandidierende

Die FDP bietet ihren Kandidierenden für den National- und Ständerat eine breite Unterstützungspalette. Bereits seit März können diese von diversen Dienstleistungen wie z. B. dem Kandidatenpaket der FDP profitieren. Dieses Dienstleistungspaket beinhaltet in erster Linie ein Kandidatenhandbuch, welches die Kandidierenden mit Tipps und Tricks im Wahlkampf unter-

stützt, sowie einen Kampagnen-Newsletter, eine eigene persönliche Webseite und vieles mehr. Kandidierende haben überdies Zugang zum Intranet, wo permanent aktualisierte Informationen und Dokumente bereitgestellt werden.

Aktive Kampagne

In den kommenden Monaten werden die FDP Schweiz, die Kantonal- und Ortsparteien zahlreiche Anlässe organisieren, um die Bürgerinnen und Bürger direkt zu informieren, wie die FDP die Schweiz mit ihren vier Projekten bewegen will. Ein Höhepunkt dabei wird der Parteitag am 15. September in Zürich sein.

Parteitag der FDP

Jetzt das Datum reservieren:
15. September
in Zürich

FDP
Wir Liberalen.

5. IV-Revision:

Gesundung der Invalidenversicherung

Die Invalidenversicherung (IV) ist massiv verschuldet. Die 5. IV-Revision strebt die bessere Integration der Versicherten ins Erwerbsleben an – dies getreu dem altbewährten Motto «Eingliederung vor Rente».

Von **Marc F. Suter**,
Nationalrat (BE)

Mit dieser Investition verspricht man sich eine Senkung der Renten und damit einen wesentlichen Beitrag an die finanzielle Gesundung der IV. Da Behindertenorganisationen erfolgreich das Referendum gegen diese Gesetzesrevision ergriffen haben, kommt sie am 17. Junis Volk. Die IV soll vermehrt helfen, ein Ausscheiden aus der Arbeitswelt zu verhindern, statt nur Renten zu sprechen. Ein klares Ja zur 5. IV-Revision liegt daher auf der Hand.

Auch wenn darüber statistische Erhebungen fehlen, ist davon auszugehen, dass unter den arbeitsfähigen Menschen mit einer Behinderung eine sehr hohe Arbeitslosigkeit herrscht. Könnten sie zurück in die Arbeit gebracht werden, ginge die Zahl der IV-Rentner zurück. Die Renten bilden die Hauptausgabe der IV. Nach dem Gesetz ist nur invalid, wer wegen seiner gesundheitlichen Beeinträchtigung mindestens einen Verdienstausfall von 40 Prozent erleidet. Der Versicherte erhält dann eine Viertelsrente, bei grösserem Invaliditätsbedingtem Einkommensverlust steigt die Rente entsprechend an. Die Rentenausgaben der IV können daher stabilisiert oder gar gesenkt werden, je mehr Personen trotz gesundheitlicher Beeinträchtigungen Arbeit kriegen.

Investition in die Arbeit

Hier setzt die 5. IV-Revision an. Durch rasche Erkennung der gesundheitlichen Beeinträchtigung und zügige Umsetzung von Integrationsmassnahmen soll die Erwerbsfähigkeit der Versicherten erhalten werden. Es geht vor allem darum, die bisherige Hauptgruppe der Neu-



Marc F. Suter

rentner im Arbeitsprozess zu behalten. Es handelt sich schwergevig um die über 40-Jährigen, die psychisch krank sind (Depressionen, Burn-out usw.) oder an diffusen Schmerzen infolge von Rückenschäden und dergleichen leiden. Ihre Reintegration ist machbar, wenn zielstrebig reagiert wird. Umschulung, Arbeitsplatzanpassungen, Teilzeitpensen, Ruhezeiten oder Physiotherapie sind nur einige dieser Fördermassnahmen. Und natürlich bedarf es des Willens des Betroffenen und des Arbeitgebers, einen gesundheitlichen Rückschlag zu überwinden und alles für eine Rückkehr an den Arbeitsplatz zu tun.

So wird endlich Ernst gemacht mit dem Grundsatz «Eingliederung vor Rente». Dafür sollen jährlich 500 Millionen Franken aufgewendet werden: Man versucht, den Betroffenen möglichst unkompliziert zu helfen, bevor sie den Arbeitsplatz verloren haben. Man schafft verschiedene neue Integrationsmassnahmen, die auf Psychischkranke abgestimmt sind. Man verbessert die Arbeitsvermittlung und bezieht die Arbeitgeber stärker in

den Prozess der Eingliederung mit ein. Die Chance, als Behinderter wieder einen Platz im Arbeitsmarkt zu finden, erhöht sich mit der 5. IV-Revision. Dies ist der Hauptgrund, am 17. Juni Ja zu sagen – auch für Stimmberechtigte, die behindert sind.

Bisher scheiterten diese Bestrebungen allerdings zu oft an endlosen Abklärungen und der fehlenden Zusammenarbeit zwischen Medizin, Berufsfindung, Versicherung und den Sozialpartnern. Viele von einem gesundheitlichen Rückschlag betroffene Versicherte sind überfordert, sich in diesem Dickicht zurechtzufinden. Die 5. IV Revision will diese Hürden abbauen, helfen statt strafen, unbürokratisch zupacken. Für die Versicherten gilt das Prinzip «fördern und fordern». Alle, die noch arbeiten können, werden nichts dagegen einzuwenden haben. Denn sie wollen in aller Regel nichts anderes, als wieder einer sinnvollen Arbeit nachgehen.

Für die Sanierung der IV

Zumindest in einem Punkt haben die Gegner der Gesetzesvorlage



recht. Die IV lässt sich nicht nur ausgabenseitig sanieren. Es bedarf einer Zusatzfinanzierung. Alle vernünftigen und verantwortungsbewussten Kräfte stehen hier im Wort. Die FDP hat den machbaren Weg mit einer befristeten Mehrwertsteueranhebung aufgezeigt. Dieser Vorschlag wurde von der CVP mitgetragen, scheiterte aber an der unheiligen Allianz von SVP und SP. Darüber wird freilich am 17. Juni nicht abgestimmt. Ein klares Ja zur 5. IV-Revision wird vielmehr das spätere Ja des Souveräns zur unabdingbaren Zusatzfinanzierung der IV begünstigen. Jetzt geht es zunächst darum, die neuen Integrationsmassnahmen gutzuheissen. Diese Zielsetzung ist ein unverzichtbarer Schritt zur Sanierung der Invalidenversicherung. Deshalb: wer Ja sagt zur Gesundung der IV legt am 17. Juni ein Ja in die Urne.

Agenda

Juni 2007

- | | |
|--------|---|
| 4.–22. | Sommersession |
| 7. | Geschäftsleitung |
| 13. | Fraktionsausflug der Bundeshaus-Fraktion |
| 17. | Eidgenössische Abstimmung: 5. IV-Revision |
| 29. | Sekretären-Konferenz/PPK/GL |
| 30. | Delegiertenversammlung in Zug |

Juni-Abstimmung und liberale Ideen

mit einem Ja im Juni sollen sie noch besser integriert werden	FDP-Projekt, nicht nur für Junge	Schmiermittel (Mz.) abfallendes Wiesenbord	IV-Ziel: Eingliederung statt Ausgrenzung	Handelsgewichte für Edelmetalle	abgekürzte Route	gekürzte Kurzschrift		FDP-Stichwort für CH-Rechtsgleichheit	auch die IV ist davor zu schützen
zeigt am Ende rote o. schwarze Zahlen	52-54 kg, Gewichtsklasse im Boxen			14				gleichnebenan und oft etwas eng	
Köpfe, in einer intelligenten CH zu finden	10				richten sich in der Regel nach Einnahmen	Stadt und Provinz in Italien			
					Held von Troja tschech. Elbe-Stadt		6		
		höchst exakt und nicht nur ungefähr					Peter, CH-Historiker 1752-1821		
verbindet Salzteile etwas bewirken		... rod, der grosse Jäger vor dem Herrn	Klein-Republik von San Marino				12	Holz im Kubikmeterformat	die abgehoblen Blaublütigen
			7					9	
Reparatur z.B. bei IV Hollywoodfilmer	11		F. Pelli hat auch sie an den Tisch gebeten	über Geierfrass Arzt mit Kunstfehler			Frauenname		
	Schweizer Qualitäts-ticker	aufgegleistete Ideen, z.B. von der FDP	liegt oft ganz fein schwarz in der Luft			eiskaltes Häuschen steckt im Kochsalz			
H	O	P	S	V	I	Z	fließt später als Inn zur Donau	13	jene vom Sommer dauert vom 4.-22. Juni
	meist grosser Prunkbau	ein welscher Topf offen und ehrlich			eine Fischart im Gesicht				kleine Anrede
Kraftende am Magnet leichtes Paddelboot			5	dreidimensionales Symbol der Liberalen	ist in Amerika zum Dollar geworden	römische Göttin des Ackerbaus	Genossenschwur Unterstützung in Not		eher unverbindliches Fürwort "me sött"
				erhofft man weiterhin von der Wirtschaft	1				
				mittelalterl. Melodie kopfloser Stachel				8	grosse dalmatinische Insel
Michelines Blumen Malerei od. Justizkram	2			hier baute man Loks bei Zürich gl. Vokale					Sänger der Ilias, ohne Anfang und Ende
Abgabenkorrektur, Dauerziel der FDP							3		
liegt am Walenseeufer					Ziel bürgerlicher Steuer-reformen				

Preise:



Verwöhnen Sie sich – mit kosmetischen Produkten der Firma Trybol AG!

www.trybol.ch

1.–3. Preis: Je ein Set mit auserlesenen Produkten

So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 27. Juni 2007 eine Postkarte oder eine E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP
«Freissinn»-Rätsel
Postfach 6136
3001 Bern
raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----



Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 4/07

Ein politischer Maibummel...

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 4/07 lautete: Kuckuckseier. Bis zum Redaktionsschluss sind 183 richtige Antworten bei uns eingegangen.

Unterstützen Sie die FDP-Frauen!

1.-3. Preis je ein Set mit FDP-Gadgets der FDP-Frauen Schweiz

E	BK	W
SKI	MELS	LAMPE
KASTANIEN	PARI	
N	EI	MIO
ATOMKRAFTWERKE	FA	D
O	PAPPE	AL
ANGIE	R	ALBERT
SU	FAO	ADLIGE
ARMEE	TALMUD	U
A	ARBON	EE
EMS	IK	RITTER
TATTOO	ASE	NU
EZE	GLATT	BTN
URWALD	EK	LIG
AR	ES	EAR
ERKER	ALS	ECRU
MA	IGLOECKCHEN	

Barbara Perriard, Generalsekretärin der FDP-Frauen Schweiz, zog folgende Gewinner/innen:

- Frau Lisbeth Sedlmeier, 4102 Binningen
- Frau Käthy Luethi, 3000 Bern 22
- Herr Peter van Laer, 3400 Burgdorf

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht allen Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Adieu

Nadia Renou, franz. Sekretärin, verlässt das Generalsekretariat per Ende Mai 2007. Für ihre private und berufliche Zukunft wünschen wir ihr alles Gute!



Nadia Renou

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70 000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

Grösse	Preis pro Ausgabe
1/1	5000 Fr.
1/2	2500 Fr.
1/4	1400 Fr.
1/8	650 Fr.
1/16	400 Fr.

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30



Barbara Perriard als Glücksfee.

**Eingliederung
vor Rente
für eine
gerechte
Schweiz.**

17. Juni:

JA zur 5. IV-Revision

FDP

Wir Liberalen.

